

Reform der Rente

Gute Rente sichern, junge Generation entlasten

*Autor*innenpapier von Katharina Dröge, Britta Haßelmann, Andreas Audretsch*

21. November 2025

Das zentrale Problem der aktuellen Renten-Debatte ist, dass nur zwei Positionen vorkommen: Die einen fokussieren auf Belastungen für die junge Generation, wenden sich gegen die Stabilisierung des Rentenniveaus und nehmen in Kauf, dass Renten nicht mehr für ein gutes Leben reichen, nicht mehr armutsfest sind und gerade Frauen in Armut rutschen. Und die anderen fokussieren auf eine Sicherung des Rentenniveaus und schaffen es nicht, ein faires Angebot an die junge Generation zu formulieren.

Doch es gibt einen Weg, den unterschiedlichen Perspektiven gerecht zu werden: Ein stabiles Rentenniveau für alle Generationen und ein klares Nein zu Altersarmut. Und zugleich grundsätzliche Reformen, um den Anstieg der Beitragssätze deutlich zu dämpfen und die Finanzierung der Rente der geburtenstarken Jahrgänge nicht einseitig den jüngeren Generationen aufzubürden.

Die Reform zu einer stabileren Finanzierung der Rente ist ein Großprojekt der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Es gibt nicht die eine Stellschraube, mit der alles garantiert und gesichert ist. Das darf aber nicht zur Ausrede werden. Wie so häufig haben sich Union und SPD völlig verhakt und die Koalition verschiebt zentrale Fragen in eine Kommission. Dabei ist Handeln dringend erforderlich.

Viele, gerade junge Menschen, fragen sich zu Recht, ob sie sich auf eine gute Altersversorgung überhaupt noch verlassen können. Gerade viele Frauen haben Sorge vor Armut im Alter – und das nicht ohne Grund, im Schnitt erhalten Frauen derzeit nur eine gesetzliche Rente von etwa 950 Euro im Monat. Wir wollen armutsfeste Renten für alle garantieren. Darum werden wir das Rentenniveau dauerhaft nicht unter 48 Prozent sinken lassen.

Wir wollen mit 5 Vorschlägen aufzeigen, wie aus unserer Sicht ein Weg aussehen kann, der beide Perspektiven verbindet:



1. Das Rentenniveau dauerhaft stabilisieren

Die Rente soll den Lebensstandard nach einem langen Arbeitsleben sichern und Altersarmut verhindern. Beides ist in Gefahr, wenn nicht gehandelt wird. Wir wollen das Rentenniveau dauerhaft stabil halten, auch über 2031 hinaus. Im Rentenpaket II der Ampel hatten wir vereinbart, das Rentenniveau bis 2040, das heißt inklusive des Jahres 2039, bei 48 Prozent zu stabilisieren. Dahinter bleibt die aktuelle Regierung deutlich zurück. Richtig wäre, Menschen endlich die Sicherheit zu geben, dass das Rentenniveau dauerhaft nicht unter 48 Prozent sinkt.

Ein Absinken des Rentenniveaus hätte dramatische Folgen für die Altersarmut in Deutschland. Schon heute gelten 3,5 Millionen Rentner*innen über 65 Jahren als armutsgefährdet. Frauen bekommen heute im Schnitt nur 950 Euro Rente. Das darf nicht weiter absinken. Jetzt das Rentenniveau immer weiter abzusenken würde auch für künftige Generationen das klare Signal geben: „Es sinkt immer weiter, auf die Rente ist kein Verlass.“ Dabei ist es doch nur generationengerecht, wenn auch die heute jüngeren Menschen sich mit ihren heutigen Beiträgen auf eine vernünftige Rente verlassen können.

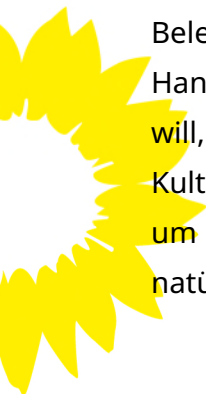
Darum ist klar: Für alle Menschen, die heute in Rente sind, aber auch für die künftigen Generationen sichern wir eine stabile Rente. Wer jahrelang eingezahlt hat, muss davon auch im Alter gut leben können. Das Abwälzen und Verschieben von Aufgaben auf die junge Generation zeugen nicht von verantwortungsvollem Handeln.

2. Länger gesund arbeiten

Wir haben uns gesellschaftlich darauf verständigt, dass das gesetzliche Renteneintrittsalter bis 2031 auf 67 Jahre ansteigt. Aktuell liegt es bei 66,2 Jahren. Auch das tatsächliche durchschnittliche Renteneintrittsalter ist in den letzten Jahren angestiegen, es steigt aber noch zu langsam. Derzeit gehen Menschen im Schnitt mit 64,7 Jahren in Rente. 60 Prozent der Rentner*innen gehen vor 67 in Rente. Der tatsächliche Einstieg in die Rente muss weiter ansteigen. Würden alle Beschäftigten tatsächlich bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter arbeiten, würde der Beitragssatz bis 2030 um knapp ein Prozent sinken.

Fehlanreize abschaffen

Derzeit gibt es in vielen großen Unternehmen Frühverrentungsprogramme, um die ältere Belegschaft deutlich vor dem Renteneintrittsalter zu verabschieden. Dabei brauchen wir jede Hand auf unserem Arbeitsmarkt. Wer gesund ist und kann, sollte bis 67 arbeiten – und wer will, gerne darüber hinaus. Hier sind auch die Unternehmen in der Pflicht, einen Kulturwandel weg von der Frühverrentung und Altersteilzeitprogrammen hinzubekommen, um unsere Fachkräftebasis nicht zusätzlich zu verringern. Vor diesem Hintergrund gilt es natürlich auch, Regelungen regelmäßig zu überprüfen, über die Beschäftigte ganz





unabhängig von ihrem gesundheitlichen Zustand frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt aussteigen.

Die sogenannte „Rente mit 63“ wollen wir deshalb weiterentwickeln. Für all diejenigen, die sich heute auf eine bestehende Regelung verlassen, ist es eine Frage politischer Verlässlichkeit, diese Regelung nicht kurzfristig infrage zu stellen. Wir halten an der abschlagsfreien Rente für besonders langjährig Versicherte in den kommenden Jahren fest (sogenannte „Rente mit 63“). Die Menschen haben sich darauf eingerichtet und es ist eine Frage politischer Verlässlichkeit, diese Regelung nicht anzufassen. Mittelfristig halten wir eine Weiterentwicklung aber für notwendig. Ab dem Jahr 2030 sollte sie schrittweise in eine neue Rentenart überführt werden, die wirklich nur noch denen zugutekommt, die aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen. Gleichzeitig wollen wir für besonders belastete Berufe die Bedingungen vereinfachen, diese Möglichkeit zu nutzen.

Die Lebenslagen von Menschen sind sehr unterschiedlich. Einige können schon mit Anfang 60 nicht mehr oder nur noch in Teilzeit arbeiten. Dies gilt gerade für Menschen in körperlich schweren Berufen. Viele andere wollen und könnten länger arbeiten, wenn die Bedingungen stimmen. Wir finden: Das reguläre gesetzliche Renteneintrittsalter sollte nicht angehoben werden, aber es braucht eine Erhöhung des faktischen Renteneintrittsalters.

Gesunde Arbeitsbedingungen und Prävention

Wir brauchen mehr Gesundheitsförderung im Beruf, gerade für ältere Beschäftigte. Präventionsprogramme und Reha-Angebote müssen ausgebaut, besser verzahnt und für Beschäftigte auch einfach erreichbar sein. Nicht zuletzt müssen auch Arbeitgeber den Gesundheitsschutz beachten und altersgerechte Arbeitsbedingungen schaffen. In manchen Fällen können auch Weiterbildungen einen Tätigkeitswechsel in körperlich weniger fordernde Bereiche unterstützen.

Selbstbestimmter und flexibler Übergang in die Rente

In vielen Fällen wollen Arbeitnehmende länger arbeiten, können es aber nicht. Wir wollen selbstbestimmte und flexible Übergänge in die Rente schaffen. Darum wollen wir arbeitsrechtlich regeln, dass ein unbefristeter Arbeitsvertrag nicht mit Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters enden darf, sondern durch ein beidseitiges Sonderkündigungsrecht ersetzt wird. Eine der Vertragsparteien muss sich somit aktiv entscheiden, das Arbeitsverhältnis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu beenden – anstatt es automatisch auslaufen zu lassen.





Anreize für Weiterarbeit im Rentenalter

Die Koalition aus Union und SPD plant Weiterarbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus mit der so genannten „Aktivrente“ zu fördern. Dieser Vorschlag bewegt sich verfassungsrechtlich auf sehr dünnem Boden. Die Frage, ob jemand 40, 50 oder älter als 65 oder 67 ist, darf für die Höhe der Steuern nicht entscheidend sein, auch nicht, ob jemand abhängig beschäftigt ist oder Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit hat.

Darum machen wir einen anderen Vorschlag. Wir wollen Beschäftigten im Rentenalter die Beiträge des Arbeitgebers zu Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung auszahlen. Das wäre verfassungskonform und böte einen echten Anreiz, im Alter weiterzuarbeiten. Insbesondere Rentner*innen mit geringen Einkommen, die ohnehin keine oder relativ geringe Steuern zahlen, würden so profitieren. Für eine Weiterbeschäftigung von Menschen im Rentenalter ist häufig jedoch auch ein Kulturwandel bei Arbeitgebern notwendig, denn noch immer fällt es älteren Menschen signifikant schwerer, auf dem Arbeitsmarkt eine neue Beschäftigung zu finden.

3. Die Finanzierung der Rente auf mehr Schultern verteilen

Das Hauptproblem der Rente ist, dass immer mehr Rentner*innen auf immer weniger Einzahlende kommen. Zwar lässt sich die demografische Entwicklung nicht ändern, die Zahl der Beitragszahlenden lässt sich aber durchaus politisch beeinflussen. Je mehr wir die Beitragszahlerbasis in den kommenden Jahren schaffen zu vergrößern, desto stärker bremsen wir den Beitragssatzanstieg und stabilisieren das Rentenniveau.

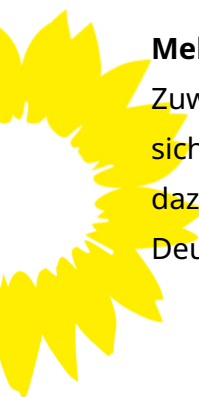
Frauen sollen so viel arbeiten können, wie sie wollen

Könnten Frauen so viel arbeiten, wie sie wollen, dann würde der Arbeitsmarkt in Deutschland um etwa 800.000 Vollzeitstellen wachsen und damit mehr in die Rente eingezahlt werden.

Um das möglich zu machen, müssen die Weichen gestellt werden. Dazu gehören eine verlässliche Kindertagesbetreuung und ein Kita-Ausbau. In den Sozialversicherungen und im Steuerrecht müssen wir die derzeitigen Anreize, die gegen eine Arbeitszeitausweitung sprechen, umkehren. Beschäftigte brauchen flexiblere Arbeitszeitmodelle und echte Zeitsouveränität, damit Arbeit und Familienleben zusammenpassen – dazu gehört auch ein ausgeweitetes Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.

Mehr Zuwanderung stabilisiert die Rente

Zuwanderung ist ein zentraler Baustein, um den Arbeitskräftebedarf und die Rente zu sichern. Es ist absurd, dass die Union lieber über die Rente mit 70 reden will, als sich endlich dazu zu bekennen, dass Deutschland ein offenes Einwanderungsland ist und sein sollte. Deutschland muss sich weiter für Menschen öffnen, die hier arbeiten und Teil der





Gesellschaft werden wollen. Unter anderem muss die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen einfacher und schneller gehen, Hürden beim Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete wie Arbeitsverbote müssen endlich fallen und Mittel für Sprach- und Integrationskurse massiv gestärkt anstatt gekürzt werden.

Abgeordnete, neue Beamte und nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige einbeziehen

Nicht alle Berufsgruppen beteiligen sich an der gesetzlichen Rente. Wir schlagen vor, dass in Zukunft nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige, neue Beamte und Abgeordnete in die gesetzliche Rente miteinbezogen werden. Bei vielen Solo-Selbstständigen gibt es eine Absicherungslücke, bei einigen droht Altersarmut. Sie würden sehr davon profitieren, wenn auch sie künftig eine sichere, verlässliche Altersvorsorge in der gesetzlichen Rentenversicherung hätten. Das würde nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige verlässlich vor Altersarmut schützen, es würde auch kurzfristig die Rente stabilisieren. Die Zahl der Einzahlenden würde somit um viele jüngere Menschen – Selbstständige, Beamte und Abgeordnete – erweitert.

Den Anstieg der Beitragssätze dämpfen

Bisher zeigte sich die Rentenversicherung finanziell sehr solide: Der Beitragssatz liegt seit 2018 stabil bei 18,6 Prozent, während er für weite Teile der 1990er und 2010er Jahre um die 20 Prozent lag. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind die Ausgaben der Rentenversicherung seit Anfang der 2010er Jahre stabil, mit Ausnahme der Corona-Jahre 2020 und 2021. Auch der Anteil des Zuschusses aus dem Bundeshaushalt an die Rentenversicherung liegt seit 1999 stabil in Höhe von etwa 3 Prozent des BIPs. Während die Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung mittlerweile jährlich steigen, wird der Beitragssatz für die Rente erst ab 2028 wieder klettern.

Um Beitragssatzanstiege zu dämpfen, ist eine Mitfinanzierung der Sozialversicherungen durch Steuern (sach-)gerecht. Das ist gerade bei der gesetzlichen Rentenversicherung angemessen, weil gesellschaftliche Leistungen wie die Zahlung der Ostrenten nach der Wiedervereinigung oder die Mütterrenten nicht einseitig der Rentenkasse auferlegt werden dürfen. Das ist dann gerecht, wenn auch das Steuersystem gerecht ist. Das ist aber mitnichten der Fall. Ungerechte Ausnahmen bei der Besteuerung von Erbschaften, Lücken in der Immobilienbesteuerung und bei der Heranziehung hoher Kapitalerträge führen dazu, dass die Reichsten im Land ihren gerechten Steueranteil nicht leisten. Das wollen wir ändern. Eine Reform für ein gerechteres Steuer- und Sozialversicherungssystem, das die arbeitende Mitte entlastet und starke Schultern mehr in die Verantwortung nimmt, gehört zur mittelfristigen Strukturreform der Rente dazu. Wenn dabei Gerechtigkeitslücken





geschlossen und bessere Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung ergriffen werden, steigert das die Akzeptanz des Systems insgesamt.

4. Die Möglichkeiten des Kapitalmarktes nutzen

Die gesetzliche Rente und das Umlagesystem bleiben der Kern unseres Alterssicherungssystems. Aber wir müssen die Möglichkeiten des Kapitalmarktes besser nutzen – in allen drei Säulen der Alterssicherung.

Effektiv gegen demografiebedingte Kosten

Die Bundesregierung sollte einen öffentlich verwalteten Kapitalstock für die gesetzliche Rentenversicherung auf den Weg bringen. Die Pläne liegen in der Schublade. So ließe sich in der gesetzlichen Rentenversicherung eine ergänzende Kapitaldeckung umsetzen, ausschließlich mittels Darlehen und Eigenmitteln des Bundes. Die Beiträge der Versicherten bleiben unangetastet. Das würde helfen, den absehbaren Anstieg der Beitragssätze zu dämpfen.

Private und betriebliche Altersvorsorge reformieren

Die Koalition droht mit der Frühstartrente die Fehler der Riesterrente zu wiederholen, die privaten Anbietern viele Einnahmen, den Bürger*innen jedoch geringe Erträge gebracht haben. Zudem soll von der Frühstartrente vorerst nur der Jahrgang der dann 6-Jährigen profitieren, gerade mal 50 Millionen Euro sind dafür im Haushalt vorgesehen. Ältere Jahrgänge gehen leer aus. Das hilft niemandem.

Wir schlagen einen anderen Weg vor. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen einen einfachen Zugang zu rentablen, qualitativ hochwertigen Produkten bei niedrigen Kosten bekommen. Wir fordern einen Neustart der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge und wollen einen Bürger*innenfonds einführen: ein öffentlich verwaltetes, kostengünstiges, sicheres, und rentables Standardprodukt mit automatischer Einbeziehung und Abwahlmöglichkeit. So kann die Breite der Bevölkerung unkompliziert erreicht werden. Der Bürger*innenfonds soll auch eine gute Möglichkeit für die betriebliche Altersvorsorge sein. Immer weniger Menschen arbeiten von der Ausbildung bis zur Rente in einem Betrieb, daher wird ein solches Standardprodukt für eine gut funktionierende betriebliche Altersvorsorge zunehmend wichtig.





5. Eine Garantierente gegen Altersarmut

Wir wollen eine gute Rente für alle. Dazu gehört ein besonderer Fokus auf Menschen mit sehr kleinen Renten. Um Altersarmut zu vermeiden, wollen wir die Grundrente zu einer einfachen und bürokratiearmen Garantierente gegen Altersarmut ausbauen. Wo die Rente nicht zum Leben reicht, muss sie bisher umständlich über die Grundsicherung aufgestockt werden. Unbürokratischer und effektiver im Schutz gegen Altersarmut wäre, wenn die Bundesregierung klarstellt, dass es ab 30 Versicherungsjahren einen Anspruch auf 30 Entgeltpunkte gibt: Wer weniger hat, wird aufgestockt, Ehepartner*innen werden gemeinsam betrachtet. So ergibt sich eine bürokratiearme Garantierente von aktuell gut 1200 Euro pro Person, die Altersarmut drastisch reduzieren würde.

